

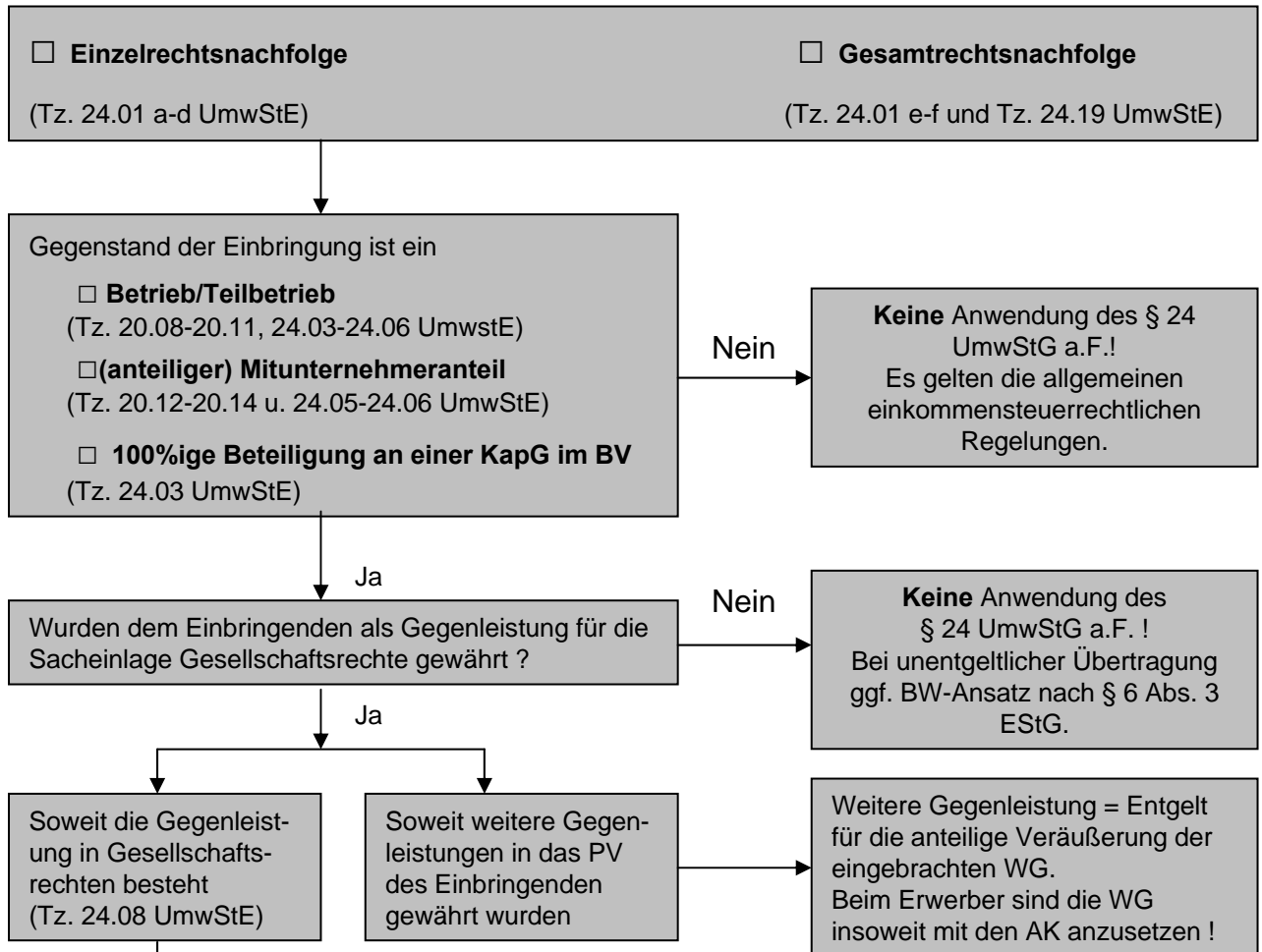
§ 24 UmwStG a.F. – Checkliste für die übernehmende PersG

Einbringung in eine Personengesellschaft

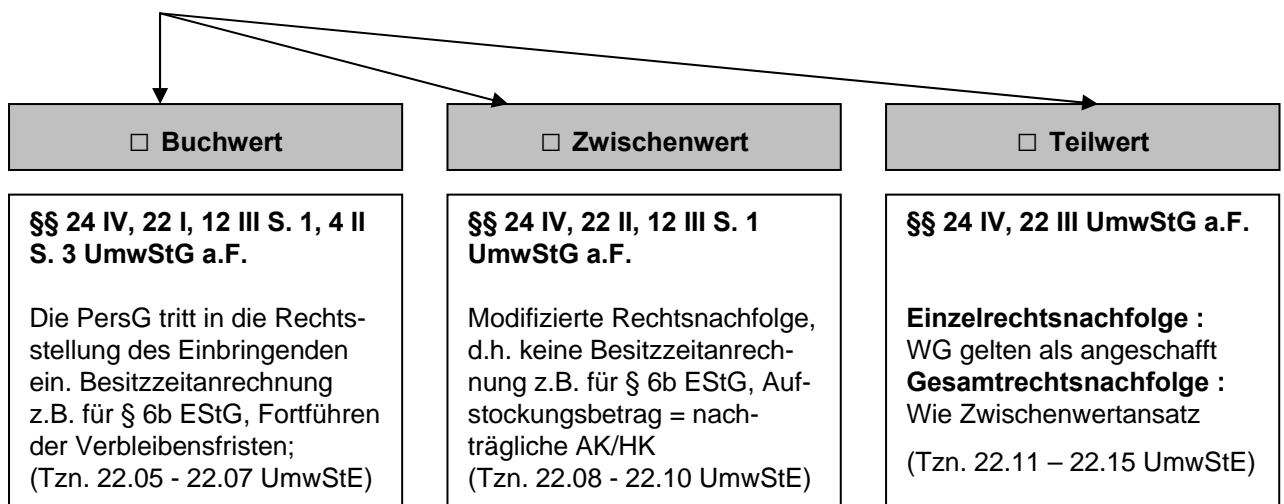
gilt für Umwandlungen, die bis zum 12.12.2006 (Anmeldung zur Eintragung im HR od. Übergang wirtschaftl. Eigentum)

I. Tatbestandsvoraussetzungen des § 24 UmwStG a.F.

(BMF-Schreiben vom 25.03.1998, BStBl I 1998, 268, Anhang 28 II EStH 2005 = UmwStE)



II. Bewertungswahlrecht (§ 24 II UmwStG a.F.)



III. Benötigte Unterlagen¹

1. Gesamtrechtsnachfolge (vgl. Tzn. 24.01 e u. f sowie Tz. 24.02 UmwStE :

- a) Verschmelzungsvertrag (§ 4-7 UmwG), Spaltungsvertrag (§ 126 UmwG)
- b) soweit vorgeschrieben : Verschmelzungs- oder Spaltungsbericht (§§ 8, 127 UmwG)
- c) Verschmelzungs- oder Spaltungsbeschluss (§§ 13, 125 UmwG)
- d) Anmeldung zur Eintragung ins Handelsregister
- e) Handelsregisterauszug
- f) handelsrechtliche und steuerliche Übertragungsbilanz zum steuerlichen Übertragungstichtag
- g) Eröffnungsbilanz, wenn die übernehmende Gesellschaft neu gegründet wird

2. Einzelrechtsnachfolge (vgl. Tzn. 24.01 a – d sowie 24.02 UmwStE :

- a) Gesellschaftsvertrag, ggf. Sachgründungsbericht
- b) Handelsregisterauszug, wenn aufnehmende Gesellschaft eine OHG oder KG
- c) ggf. handelsrechtliche und steuerliche Einbringungsbilanz, wenn die Gesellschaft/das EU mit der Einbringung untergeht
- d) Eröffnungsbilanz, wenn die übernehmende Gesellschaft neu gegründet wird

¹ Die Unterlagen sind in Abstimmung mit dem für den/die Übertragende/n zuständigen FA anzufordern (siehe auch § 24 UmwStG a.F. – Checkliste für den/die Einbringende/n).

IV. Beachte :

Steuerlicher Übertragungstichtag

a) Grundsatz :

Übergang des wirtschaftlichen Eigentums, d.h. regelmäßig Übergang Nutzen und Lasten lt. Einbringungsvertrag

b) Bei Gesamtrechtsnachfolge auf Antrag Rückbezug möglich (§§ 24 IV, 20 VII u. VIII UmwStG a.F.; Tzn. 20.19 ff UmwStE) :

- > Zeitpunkt, für den die Schlussbilanz des einbringenden Unternehmens aufgestellt ist
- > höchstens 8 Monate vor der Anmeldung zum Handelsregister

V. Weitere Hinweise :

- a) Eine zum BV gehörende 100%ige Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft gilt als Teilbetrieb i.S.d. § 24 UmwStG a.F. (Tz. 24.03 UmwStE u. R 16 III S. 6 EStR 2005)
- b) Wegen des Wechsels der Gewinnermittlungsart bei Einnahme-/Überschussrechnung vgl. Kurzinfo der OFD Münster 013/2004 und der OFD Rheinland 002/2006
- c) Für die Anwendung des § 24 UmwStG a.F. ist es unschädlich, wenn die WG in das SBV übertragen werden (Tz. 24.06 UmwStE)
- d) Es ist zu prüfen, ob ggf. ein Einbringungsfolgegewinn entstanden ist (§§ 24 IV, 22 V, 6 I u. II UmwStG a.F.. Beachte § 26 I UmwStG a.F.)

- e) Die für den gewerbesteuerlichen Verlustabzug erforderliche Unternehmeridentität besteht im Fall einer Einbringung i.S.d. § 24 UmwStG a.F., soweit die Gesellschafter der eingebrachten PersG auch Gesellschafter der aufnehmenden PersG sind (vgl. A 68 III Nr. 5 GewStR 1998).
Wird ein Einzelunternehmen gem. § 24 UmwStG a.F. in eine Personengesellschaft eingebracht, kann der in dem Einzelunternehmen entstandene Fehlbetrag insgesamt, jedoch nur von dem Betrag abgezogen werden, der von dem gesamten Gewerbeertrag der Personengesellschaft auf den früheren Einzelunternehmer entfällt (vgl. A 69 II GewStR 1998).
- f) Der Einbringungsgewinn ist wie folgt zu ermitteln (§ 16 II EStG) :
- Veräußerungspreis (§ 24 III S. 1 UmwStG a.F. = Wertansatz bei der übernehmenden PersG)
- ./. BW des übertragenen BV bzw. Anteils am BV
- ./. Einbringungskosten
- = Einbringungsgewinn/-verlust
- g) Es ist zu prüfen, ob und ggf. wie weit § 3 Nr. 40 EStG bzw. § 8b KStG bei der Ermittlung des Einbringungsgewinns anzuwenden sind.
- h) Der Gewinn aus der Einbringung eines (Teil-)Betriebs ist ab dem **EZ 2002** gewerbesteuerpflichtig, soweit er nicht auf eine natürliche Person als unmittelbar beteiligtem Mitunternehmer entfällt. Gleiches gilt für den Gewinn aus der Einbringung eines Mitunternehmeranteils (§§ 7 S. 2 Nrn. 1 u. 2 GewStG)

VI. Hinweise zur Grunderwerbsteuer :

- a) Betrifft die Einbringung unmittelbar oder mittelbar auch Grundbesitz, führt dies zur Realisierung eines grunderwerbsteuerlichen Erwerbsstatbestandes.
Hinweis auf das Merkblatt über die Mitwirkungsaufgaben von Veranlagungsstellen und Prüfungsdiensten in Grunderwerbsteuerfällen vom 20.04.2005 S 4600 - 15 - St 224-K, S 3900/S 4600/S 6500/S 6580 - 1 - St 231-D, S 3715 - 7 - St 23/24 - 35 -MS.
(http://isys/steuer/verkehrsteuern/grunderwerbsteuer/20040501_merkblatt_grunderwerb/index.html)
- b) Es empfiehlt sich in diesen Fällen kurz Rücksprache mit der GRST zu halten. Ggf. ist der Vorgang (Kopien der HR-Eintragung und der Verträge) mit dem Vordruck 816/13 („Kontrollmitteilung für Zwecke der Grunderwerbsteuer“; Fundstelle: Vordruckschrank, Registerkarte „Sonstige“ bzw. ETV, Vordrucke, Einkommensteuer, Kontrollmaterial) an die GRST bzw. das zuständige Finanzamt zu senden.